

ausschalten und für unsere Existenz als einheitliche Nation kämpfen. Ein zerrissenes, in Not versinkendes Deutschland ist eine Gefahr für den Frieden.

Deutschland darf aber nicht zu einem Unruheherd in Europa werden

Deshalb muß Deutschland gemäß dem Potsdamer Abkommen wirtschaftlich und politisch ein einheitliches Ganzes bilden. Das ist die Grundfrage unserer Politik.

Die Verantwortung für die Einheit Deutschlands tragen die vom Volke gebildeten demokratischen Parteien, die sich zu einer gesamtdeutschen Beratung gemeinsam mit den Ländervertretungen zusammenfinden müssen, um den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird jeden brauchbaren Vorschlag zur Schaffung einer gesamtdeutschen Vertretung unterstützen.

Das Streben nach der Einheit Deutschlands wird von den fortschrittlichen Kräften in aller Welt unterstützt. Auf der Moskauer Konferenz haben sich diese Kräfte wiederholt und eindeutig der Aufteilung Deutschlands widersetzt. Auch der sowjetische Außenminister, Molotow, hat auf den Konferenzen der Außenminister wiederholt vorgeschlagen, das deutsche Volk selbst über die Gestaltung seiner staatlichen Organisation entscheiden zu lassen.

Wir fordern den Volksentscheid für die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheits- staat mit dezentralisierter Verwaltung

Die im Potsdamer Abkommen und auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats vorgesehenen deutschen zentralen Verwaltungen für Finanzwesen, Außenhandel, Verkehrswesen, Fernmeldewesen, Industrie sowie für Landwirtschaft und Ernährung müssen unverzüglich geschaffen werden.

Eine vorläufige gesamtdeutsche Regierung ist vorzubereiten, um ein gesamtdeutsches Parlament auf demokratischer Grundlage wählen zu lassen. Dem muß die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität des deutschen Volkes folgen.

Das deutsche Volk wünscht in der Gemeinschaft der friedliebenden Völker zu leben. Es braucht eine Verständigung mit ihnen. Darum ist es notwendig, daß die Stimme des deutschen Volkes bei den kommenden Friedensverhandlungen Gehör findet.